



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/VI/8

10. Januar 1951

Uirweise  
auf den Inhalt:

Die FDP bockt	S.1
Deutsche Seeleute beim Walfang	S.3
Ein UNO-Jubiläum	S.3
Die Bereitschaftspolizei	S.5
Die ehrenamtlichen Bezüge Prof. Raskops	S.6

## Risse in der Regierung

Schneller als man es im allgemeinen für wahrscheinlich gehalten hat, ist die Regierungskoalition in eine neue akute Gefahr geraten. Bestimmender Anlass sind Gegensätze zwischen der FDP und der CDU, die schon vor Wochen, vor allem als Auswirkung der Ergebnisse der letzten Wahlen in mehreren Ländern und in Berlin deutlich sichtbar wurden. Die grössere Geneigtheit zu versöhnlichen und platonischen Versicherungen in der Weihnachts- und Neujahrspause ist in der schärferen Luft des wieder in Gang gekommenen parlamentarischen Betriebes einer ausgesprochen unfreundlichen Stimmung unter den Regierungsparteien gewichen.

Gegen ihre ursprüngliche Zusage hat die FDP in der Frage der Mineralölsteuer der Regierung in zwei dafür zuständigen Ausschüssen ihre Gefolgschaft versagt und mit der SPD gegen das Projekt gestimmt, im wirtschaftspolitischen Ausschuss hat sie sich gespalten, so dass hier die Vorlage mit knapper Mehrheit angenommen wurde. Wie die Angelegenheit im Plenum auslaufen wird, ist noch vollkommen offen. Aus der Vorlage erhoffte sich Finanzminister Schaeffer eine zusätzliche Einnahme von 450 Mill. DM, die er umso notwendiger braucht, als er für das kommende Haushaltsjahr einen Defizitbetrag von 2.350 Millionen erwartet. Man will auf Seiten der Regierung natürlich versuchen, diesen neuen Riss noch einmal zu verkleistern. Ob das gelingen wird, ist eine andere Frage. Die SPD hat lediglich ihren Standpunkt aufrecht-erhalten, dass in einer solchen Massnahme nur eine neue indirekte Steuer gesehen werden könne, die gerade im Augenblick einer ausge-

sprochenen Notsituation der armen und ärmeren Schichten bei der gleichzeitigen Bevorzugung der Wohlhabeneren durch eine entsprechende Einkommensteuergesetzgebung nicht zu vertreten sei.

Während Schaeffer in persönlichen Gesprächen nach diesen letzten Ereignissen die Möglichkeit seines Rücktrittes wieder einmal angedeutet hat, weil er durch diese Haltung der FDP eine weitere loyale Zusammenarbeit zwischen dieser Partei und der CDU-CSU nicht mehr für aussichtsreich halte, hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Dr. Schaeffer, seinerseits eine stärkere Berücksichtigung der FDP in der Regierung verlangt, da sich das Kräfteverhältnis zwischen den beiden wichtigsten Regierungsparteien seit längerem eindeutig zugunsten der FDP verschoben habe und man die Zusammensetzung der Regierung dem anpassen müsse. Schaeffer hat damit Forderungen aufgenommen, die vor einiger Zeit bereits Vizekanzler Blücher erhoben hatte. Sie sollen schon in wenigen Tagen in parteiinternen Beratungen konkretisiert werden.

Als weitere ernste Belastung tritt in diesem Augenblick für die Regierung die notwendig gewordene Ankündigung durchgreifender Sparmaßnahmen im Kohleverbrauch durch die Einführung von täglichen Sperrstunden für sämtliche Haushalte, die Einschränkungen im Eisenbahnverkehr und andere weitere Massnahmen hinzu. Die Energieversorgung im ganzen Bundesgebiet erscheint ernsthaft gefährdet. Die entschuldigenden Erklärungen, die Prof. Erhard bei der Verkündung der zuerst erwähnten Maßnahmen und bei seiner Gesamtanalyse der Versorgungslage vorgebracht hat, werden kaum überzeugt haben, besonders nicht im Munde eines Mannes, der bisher glaubte, bei der Erledigung der ihm gestellten Aufgaben im wesentlichen mit einem durch die Tatsachen immer wieder widerlegten wirtschaftstheoretischen Rezept und einer gehörigen Portion von Optimismus auszukommen. Aber auch innerhalb der Regierung wachsen seit langem die Zweifel und Bedenken gegen diese autosuggestive Praxis. Noch ist es keine Kluft, die sich aufgetan hat, aber die Risse sind unverkennbar und sie weiten sich merklich.

+ + + + +

Deutsche Seeleute beim Walfang 1950/51

R.H.Stockholm, im Januar

Die diesjährige Walfang-Saison hat am 22. Dezember begonnen. 19 Walfangflotten und 3 Küstenstationen wetteifern um einen möglichst grossen Anteil an dem für 1950/51 mit 16 000 Blauwaleinheiten festgesetzten Fang-Höchstquantum.

Im Vergleich zum Vorjahre hat sich die Zahl der Flotten um eine und die Zahl der Fangboote um 27 erhöht. Die neue Fangflotte stützt sich auf das Mutterschiff "Olympic Challenger", welches in Panama registriert ist, eine deutsche Besatzung hat und mit amerikanischen Geldern finanziert wird. Norwegen verfügt über zehn Walfangflotten und eine Küstenstation, Grossbritannien über vier Flotten und eine Küstenstation, Japan über zwei Flotten, Sowjetunion und Holland über je eine Flotte und Argentinien über eine Küstenstation. Deutschland ist wieder leer ausgegangen.

Die grössere Zahl der Fangboote und die Fortschritte in der Fangtechnik lassen erwarten, dass die Fangsaison, welche 1950 am 15. März beendet wurde, 1951 vermutlich weiter verkürzt wird. Obwohl das Fangmaximum gegenüber den Vorjahren unverändert ist, rechnen die norwegischen Fachleute mit einem Rückgang des Oelertrages, da die Wale in den ersten Monaten der Fangzeit erfahrungsgemäss weniger Oel ergeben als später. Immerhin erwartet man einen Ertrag von 340 000 Tonnen Walöl, wovon etwa die Hälfte auf Norwegen entfallen dürfte. Das ist ein ausgezeichnetes Devisengeschäft, denn die norwegischen Walfanggesellschaften haben mit englischen Käufern bereits Vorauskontrakte über 30 000 Tonnen zum Preise von 100 englischen Pfund je Tonne abgeschlossen und bei kontinentalen Käufern gar Preise von 110 Pfund erzielt.

- - - - -  
Vor fünf Jahren: zum erstenmal UNO  
- - - - -

(sp.) Vor fünf Jahren, von 10. Januar bis 24. Februar 1946, war die UNO zu ihrer ersten Vollsitzung zusammengetreten. Kaum einer der Redner, die damals dieses Durchführungsorgan der Atlantik-Charta, in idealistischem Sinn das neue Evangelium der Menschheit, lobten, mochte ahnen, dass fünf Jahre später die UNO vor ihrer ZerreiBprobe

stehen werde. Wieder dröhnen heute die Kanonen, die damals zum Schweigen gebracht worden waren, wieder sterben Menschen auf und neben den Schlachtfeldern, wieder leiden Hunderttausende von Frauen und Kindern und aus dem Pulverdampf des Korea-Krieges erhebt sich drohend das Gespenst eines neuen Weltkrieges.

Hat also die UNO versagt? Ist der Gedanke, die Probleme der Menschheit frei und offen vor einem gemeinsamen Forum zu diskutieren und zu bereinigen, abermals ad absurdum geführt worden, nachdem bereits der Völkerbund daran gescheitert war? Diese Frage negativ beantworten würde heißen, an der Vernunft zu verzweifeln. Wann aber hat sich in der Geschichte der Menschheit immer und stets die Vernunft durchgesetzt? Auch die Menschen des 20. Jahrhunderts sind nicht frei von den Fehlern der Vergangenheit, wenngleich sich jedes Jahrhundert auf der absoluten Höhe der Vernunft dünkt.

Man könnte in einer langen Liste die Fehler aufzeichnen, die die UNO in den vergangenen fünf Jahren gemacht hat und die Schwächen darlegen, an denen sie krankt. Vielleicht eben so lang könnte die Erfolgsliste sein, wobei man als markantesten Erfolg die Beilegung des Palästina-Konfliktes erwähnen könnte. Nicht aufzählen aber kann man die Ereignisse, die nicht eingetreten sind, weil sie im täglichen Kontakt am runden UNO-Tisch in ihren Anfangsstadien bereinigt wurden. Abgesehen von der Alliierten Kommission in Wien ist die UNO heute die einzige Gelegenheit, wo die beiden Gegner Amerika und Russland ohne Waffen in der Hand miteinander in Berührung kommen, umgeben von einer Schar kleinerer, auf Vermittlung und Mässigung bedachter Mächte. Wer weiss, wie die Welt heute aussähe, wenn auch diese Möglichkeit nicht mehr bestünde.

Das ist gewiss ein bescheidener Rest der Ideale von 1946, aber angesichts der Kostbarkeit, um die es geht, des Weltfriedens, und der Entwicklung, die die Dinge seit 1946 genommen haben, ist das UNO-Haus in Lake Success heute zu einem Tempel der Menschheit geworden, den zu erhalten nichts zu teuer sein sollte. Denn sobald in Lake Success nicht mehr diskutiert wird, haben andere, furchtbare Mächte das Wort, die, einmal entfesselt, erst wieder in die Gewalt zu bekommen sind, nachdem sie namenloses Unheil angerichtet haben. Um das zu verhindern, muss man die heutigen Unzulänglichkeiten der UNO in Kauf nehmen.

### Bereitschaftspolizei-nicht bereit

---

-e. Wer erinnert sich nicht der Lautstärke, mit der Bundeskanzler Adenauer im vergangenen Jahr um die "Genehmigung" von 30 000 Bereitschaftspolizisten bemüht war? In New York wurden diese dann bewilligt. Aber kaum war das geschehen, wurde Adenauer merklich zurückhaltender. Die Frage war und ist keineswegs gelöst; trotzdem stellte sie der Bundeskanzler zu den wenigen Problemen, für die er sich persönlich nicht mehr zuständig hält. In Wirklichkeit hatte sich Dr. Adenauer verrechnet.

Das Durcheinander von Polizei, Miliz und Militär, das Adenauer in sommerlichen Interviews erreicht hatte, war durch die feste Haltung der SPD beendet worden. Das Wort Polizei bedeutete tatsächlich nur noch Polizei und nicht den Anfang irgendwelcher militärischen Organisationen. Gleichzeitig erwies sich, dass der Bundeskanzler bei seiner Interpretation des Grundgesetzes offensichtlich falsch beraten war, denn er glaubte, das Grundgesetz in seiner gegenwärtigen Fassung erlaube die Aufstellung einer Bundes-Bereitschaftspolizei. Hinzu kam, daß in den deutsch-alliierten Gesprächen Divisionen eine Rolle zu spielen begannen. Ein Grund mehr für Adenauer, das Polizeiproblem von den zuständigen ministeriellen und parlamentarischen Instanzen lösen zu lassen.

Das Innenministerium versuchte, diese Lösung durch Verträge mit den Länderregierungen zu erreichen. Es ernannte mit General Grasser einen Experten, der in diesem Rahmen mit der Planung begann. Die "erste Runde" im Kampf um die Aufstellung der Bereitschaftspolizei ging indessen für Bonn verloren. Aus den 30 000 Mann, die zum Schutz des Staates von Adenauer verlangt worden waren, wurden 10 000, die bis zum Ende dieses Etatjahres in den Ländern aufgestellt werden sollen. In einem Verwaltungsabkommen wurde geregelt, dass der Bund 25 v.H. und die Länder 75 v.H. der Kosten zu tragen haben. Auswahllehrgänge wurden abgehalten, die Bewaffnung diskutiert, doch eine Lösung ergab sich damit nicht. Schon die Tatsache, dass dem Bundesinnenministerium verfassungsrechtlich gar nicht die Möglichkeit gegeben ist, die notwendigen Mittel im Haushaltsplan zu beantragen, ist ein Hindernis.

Nachdem Monate vergangen sind, in denen an einem Problem, das von der Regierung als so äusserst dringend bezeichnet worden war, herum-

experimentiert wurde, folgt nun auch der Innenminister dem längst von der SED-später auch von der FDP-aufgezeigten Weg der Verfassungsänderung. Nur so werden die Voraussetzungen für die Aufstellung der Bundesbereitschaftspolizei, die zehn Prozent der gesamten Polizeikräfte der Länder betragen sollte, geschaffen. Im Bundestagsausschuss für innere Verwaltung setzte sich die Überzeugung durch, dass es notwendig ist, das Grundgesetz zu ändern oder zu präzisieren, wenn ein Problem, das in der Zeit des Parlamentarischen Rates noch nicht sichtbar gelöst war, gelöst werden muss. Der anfängliche Versuch der Regierung, die Verfassung zu umgehen, hat immerhin so viel Zeit gekostet, dass noch Monate vergehen werden, bis eine ausreichende Bereitschaftspolizei tatsächlich bereit sein kann.

+ + + + +

Ehrenamtlich- rund 3000 DM

(sp). Prof. Raskop-Dortmund war bis vor kurzem Vorsitzender des Verwaltungsrats des NWDR. Das ist eine ehrenamtliche Funktion. Prof. Raskop erhielt dafür vom NWDR monatlich:

ein festes Quartier von zwei Zimmern in der Pension Götsche, Hamburg, Mittelweg -monatlicher Pensionspreis rund	220.--DM
ein festes Tagegeld von DM 35.--, das er an mindestens 15 Tagen im Monat in Anspruch nahm	525.--"
eine monatliche steuerfreie Aufwandsentschädigung von rd.	600.--"
eine Pauschalsumme für Telefon- und Portispesen	300.--"
Gleichzeitig wurden die Rechnungen für seinen Fernsprechan-schluss in Dortmund ebenfalls vom NWDR bezahlt.	
Kosten für seinen Wagen durchschnittlich	270.--"
Der NWDR kam für das Gehalt von Raskop's Sekretärin auf mit monatlich rund	400.--"
Der NWDR zahlte die Miete für Raskops Büroräume in Dortmund die offiziell als Teil des NWDR-Studios Dortmund galten. Betrag unbekannt.	
Während seiner Tätigkeit im Verwaltungsrat des NWDR wurde R. von seiner Tätigkeit als Lehrer an der Pädagogischen Akademie in Bünen entbunden. Seine Bezüge wurden ihm aber von dort weitergezahlt, sie betragen netto ca.	
	600.--"

Das ergibt zusammen rund 3000.--DM im Monat. Prof. Raskop erhält den grössten Teil dieser Entschädigungen (einschl. Dienstwagen und Fahrer) auf Grund eines Beschlusses des Verwaltungsrates heute noch vom NWDR. Begründung: "Erfüllung seiner Bundesaufgaben".

Nachrichten aus der Sowjetzone:Aus der Kapelle wurde ein NKWD-Kino

(s.) Der Umbau des Karlshorster Antonius-Krankenhauses zu einem Bürohaus der NKWD-Zentrale ist nun beendet. Mit dem Umbau waren besondere "Maurerbrigaden" beschäftigt. U.a. wurde die Kapelle des Krankenhauses zu einem Lichtspiel-Theater für die NKWD-Offiziere umgebaut. Während der ganzen Bauzeit war das Gebäude hermetisch abgeschlossen.

+ +

Lehrer flüchten

(sp) Allein im Lande Brandenburg sind in der letzten Zeit 150 Lehrer freiwillig aus dem Schuldienst ausgeschieden, um dem verstärkten kommunistischen Druck zu entgehen. 25 Lehrer sind nach dem Westen geflohen, um nicht verhaftet zu werden. Auch aus anderen Ostzonenländern ist eine wachsende Zahl geflüchteter Lehrer festzustellen. Es handelt sich meist um Neulehrer.

+ +

Brandenburg Propaganda-Pate für Niedersachsen

(sp) Der Landesausschuss der Nationalen Front Brandenburg hat die Patenschaft in der Propagandaaktion für das Land Niedersachsen übernommen. Die Stadt Potsdam hat innerhalb dieser Aktion die Patenschaft für Hannover-Stadt übernommen. Die Patenschaft sieht die systematische propagandistische Bearbeitung der westdeutschen Bevölkerung im Rahmen der Nationalen Front und der Propagierung des Grotewohl-Briefes vor.

+ +

Luxuswagen für die Transsibirien-Bahn

(sp) Die Bautzener Waggonfabrik baut 32 Waggons für die transsibirische Eisenbahn und eine weitere unbekannte Anzahl von Wagen für die Moskauer U-Bahn. Der Preis für die luxuriös ausgestatteten Wagen der transsibirischen Eisenbahn beträgt pro Stück mehrere 100'000 DM. Die doppelstöckigen Wagen sind 20 Meter lang und völlig mit Mahagoniholz ausgefellt. Gefordert wird eine besondere Isolierung, der Einbau von doppelten Türen, Wänden und Fenstern und eine ausziehbare Polsterausstattung. Der Bau dieser Waggons erfolgt auf Reparationskosten. Für Waggonneubauten der sowjetzonalen Eisenbahn dagegen stehen nicht einmal genügend Pufferfedern zur Verfügung. Eine ganze neue Serie von Personenwagen der Eisenbahn in der Sowjetzone wurde je Puffer mit drei je 10 mm starken Vollgummieinlagen ausgestattet, um die Pufferfedern, die aus Westdeutschland bezogen werden müssten, zu ersetzen.

+ +

Verstärkte Westarbeit der Nationalen Front

(sp) Die Landesausschüsse der Nationalen Front in der Sowjetzone sind angewiesen worden, sogenannte Westkommissionen zu bilden. Durch diese Massnahme soll eine wesentliche Aktivierung der Propaganda der Nationalen Front in Westdeutschland angestrebt werden. Von diesen Westkommissionen sollen Westdeutsche zu Besuchen in der Sowjetzone eingeladen werden, um sie hier für die Ziele der Nationalen Front zu gewinnen. Die einzelnen Landes- und Kreis-ausschüsse sollen Patenschaften über westdeutsche Länder und Kreise übernehmen.

+ + + + +

---

 Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt